Die EKD-Synode hat in Würzburg einstimmig beschlossen, die Demokratie zu stärken. Vom Glauben, aus dem dieser Auftrag kommt, war wenig zu hören – und das hat mit den Austritten mehr zu tun, als die Synode wahrhaben will.

Dienstag, 10. November, vormittags. Der Stream der EKD läuft. Die Bühne ist violett ausgeleuchtet, am Rand stehen übergroß die Buchstaben EKD, weiß und dreidimensional, man könnte das Ganze für eine TEDx-Konferenz halten. Frank-Walter Steinmeier tritt ans Pult, und sein erster Satz ist ein Choralvers, ein Morgenlied aus der Reformationszeit, das von Gnade und Treue handelt. Es ist sein Abschiedsbesuch, im März endet die Amtszeit. Wer die vier Tage am Bildschirm verfolgt hat, konnte den Eindruck gewinnen, dass an keiner anderen Stelle so unbefangen vom Glauben gesprochen wurde wie in diesen ersten Sekunden einer Rede des Staatsoberhaupts.

Danach verabschiedeten die 128 Synodalen ihren Leitantrag, einstimmig. Er heißt „Trotz allem: Glaube, Hoffnung, Liebe“, und nach dem Gedankenstrich geht es weiter mit „Demokratiestärkung durch Kirche und Diakonie“. Der Titel ist ehrlicher, als er sein will. Vorne steht der Korintherbrief, hinten das Förderprogramm. Sechs Punkte hat das Papier. Die Kirche will Begegnungsorte auf dem Land erhalten, sie zieht eine Grenze zum völkischen Nationalismus, und der letzte Punkt lautet: „Wir schmieden Bündnisse mit anderen Akteuren.“ Gemeint sind auch Nichtregierungsorganisationen. Das Etikett muss man der EKD also nicht ankleben, sie hat es sich selbst beschlossen.

 Alle Rechte vorbehalten.



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier vor der EKD-Synode: Bühnengestaltung wie bei einem TEDx-Event.
Screenshot: Livestream der EKD/YouTube

Natürlich muss Kirche politisch sein. Sie hat einen Auftrag von ihrem Herrn, und der ist unpolitisch nicht zu haben. Wer Hungrige speist, Fremde aufnimmt und Gefangene besucht, wie es das Matthäusevangelium verlangt, gerät zwangsläufig mit denen aneinander, die Fremde lieber draußen hätten. Die Bekennende Kirche hat 1934 in Barmen dem NS-Staat das Recht abgesprochen, über die Kirche und ihre Botschaft zu verfügen. Das war Theologie, und es war zugleich das Politischste, was die evangelische Kirche im 20. Jahrhundert gesagt hat. Die Ostdenkschrift von 1965 hat die Aussöhnung mit Polen vorbereitet, lange bevor sich eine Bundesregierung das traute. Beide Texte waren politisch, weil sie zuerst theologisch waren. Auf diese Reihenfolge kommt es an.

Aber ihr Kern und ihre Hauptaufgabe ist der Glaube. Und der ist verloren gegangen, weil es nur noch ums Weltliche geht. Mehr als hundert gesellschaftspolitische Beschlüsse hat die EKD in zehn Jahren gefasst, wie das Sonntagsblatt vor der Tagung berichtete, zu Migration, Menschenrechten, Frieden und Demokratie. In Würzburg kamen weitere dazu. Der Leitantrag beginnt durchaus mit Gott. Ein paar

 Alle Rechte vorbehalten.

Sätze lang ist von seiner Menschenfreundlichkeit die Rede, von der Liebe in Jesus Christus, von der Hoffnung. Dann folgen sechs Punkte, in denen Gott nicht mehr vorkommt. Evangelium und Gottesdienst tauchen je einmal auf, im Abschnitt über die Grenzen. Am Schluss benennt das Papier den Glauben, aus dem alles folgen soll. Es ist der Glaube daran, „dass eine bessere Zukunft in dieser Welt möglich ist“. Das glauben andere auch, und sie brauchen dafür keinen Gott. Die Sprache hat sich längst angepasst. Aus Sünde ist strukturelle Ungerechtigkeit geworden, aus Jesus von Nazareth der erste Sozialarbeiter Galiläas.

Und genau deswegen gehen die Menschen. 17,4 Millionen Mitglieder zählte die EKD Ende 2025. Rund 350.000 sind im Lauf des Jahres ausgetreten, fast ebenso viele gestorben, Jahr für Jahr gut drei Prozent weniger. Die EKD kennt den Befund, sie hat ihn selbst erheben lassen. Ihre sechste Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung spricht von einer „Krise des religiösen Glaubens“, und zwar unter den eigenen Mitgliedern. Viele seien über Glaubensthemen kaum noch zu erreichen. Geschätzt werde die Kirche vor allem für ihr soziales Engagement.

Daraus lässt sich der Schluss ziehen, den auch der Leitantrag zieht, nämlich mehr von dem zu liefern, was ankommt. Man kann denselben Befund umgekehrt lesen. Eine Kirche, die über Jahrzehnte vor allem das Soziale und das Politische vorgezeigt hat, muss sich nicht wundern, wenn ihre Mitglieder sie für einen Sozialverband halten. Irgendwann rechnen sie nach. Für das, was sie dort bekommen, brauchen sie keine Kirche, und Amnesty oder die Arbeiterwohlfahrt erheben keine Kirchensteuer.

Die Antwort darauf gab in Würzburg ausgerechnet der Gast. Politik, so Steinmeier, sei für die vorletzten Fragen da, für Mehrheit, Ausgleich und Kompromiss. Die letzten Fragen gehörten ins Gewissen des Einzelnen und in die Gemeinde. Der Demokratie sei geholfen, wenn man ihr das Heil nicht auflädt. In dieser Unterscheidung liege die politische Bedeutung der Kirche. Er sprach von der „metaphysischen Obdachlosigkeit“ vieler Menschen, die am Ende bei den Heilsversprechern landen. Das politische Engagement seiner Kirche hat Steinmeier ausdrücklich verteidigt, ein Kronzeuge gegen sie ist er nicht. Aber er hat das Kriterium genannt, an dem sich ihr Papier messen lassen muss.

Schärfer hat es Hartmut Rosa gesagt, und zwar ebenfalls in Würzburg. Im Januar 2022 sprach der Soziologe dort beim Empfang des katholischen Bistums. Aus dem Vortrag wurde das Buch „Demokratie braucht Religion“, das in diesem Jahr erweitert neu erschienen ist. Rosa geht von der Bitte des jungen Königs Salomo aus,

 Alle Rechte vorbehalten.

der sich von Gott ein hörendes Herz wünscht. „Demokratie bedarf eines hörenden Herzens, sonst funktioniert sie nicht“, schreibt er. Wo jeder nur noch seine Stimme erhebt und keiner mehr zuhört, lässt sich nichts aushandeln. Die Fähigkeit, sich etwas sagen zu lassen, muss irgendwo eingeübt werden, und Rosa sieht dafür vor allem die Kirchen mit ihren Erzählungen, ihren Riten und ihren Räumen.

Religion ist bei Rosa eine Vorbedingung der Demokratie und kein Zulieferer. Die Kirche stützt die Demokratie demnach mit dem, was nur sie hat. Die Synode tagte unter dem Stichwort einer Werkstatt für Demokratiebildung. Wer Rosa folgt, müsste sagen, dass die beste Demokratiebildung, die eine Kirche zu bieten hat, ein Gottesdienst ist, in dem Menschen eine Stunde lang zuhören.

Man kann das alles als konservativen Reflex abtun. Die Klage über die Politkirche hat ihren festen Platz im bürgerlichen Lager. Als die Synode 2022 in Magdeburg einer Sprecherin der Letzten Generation stehend applaudierte und sich hinter ein Tempolimit stellte, kam der Protest aus CDU und FDP. Dort stört die Politik der Kirche vor allem dann, wenn es die falsche ist. Die Diagnose sollte man sich trotzdem nicht ersparen, bloß weil auch die Falschen sie stellen. Diese Zeitung kritisiert von der anderen Seite. Wir wissen, wozu Kirche und Religion missbraucht und verbildet worden sind, zur Vertröstung der Armen und zum Segen für die jeweilige Obrigkeit. Marx hat die Religion das Opium des Volks genannt. Im selben Absatz nennt er sie den Seufzer der bedrängten Kreatur und die Protestation gegen das wirkliche Elend. Der zweite Satz ist der wichtigere. Gerade weil wir den Missbrauch kennen, verlangen wir von der Kirche, dass sie freilegt, was darunter liegt. Das ist der Einspruch dagegen, dass die Welt, wie sie ist, schon alles sein soll. Ein Rückzug aus der Welt ist das nicht. Aber es ist der Abschied vom Banalen, von allem, was Parteien, Verbände und Stiftungen besser können und mit mehr Recht ihr Eigenes nennen. Die konservative Klage wünscht sich die Kirche zurück als Ordnungsmacht, die Werte liefert und im Übrigen Ruhe gibt. Das ist die Religion, die Marx kritisierte. Wir wollen eine Kirche, die sagt, was sonst niemand sagt, anstatt reflexhaft nachzuplappern, was das NGO-Milieu ihr vorplappert.

 Alle Rechte vorbehalten.